

Baubeschreibung

Gliederung

1	Veranlassung	3
2	Beschreibung des Vorhabens	3
2.1	Örtliche Verhältnisse	3
2.1.1	Lagebeschreibung	3
2.1.2	Baugrund	3
2.2	Rechtsverhältnisse	3
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Verfahren	3
3	Beschreibung der Maßnahme	3
3.1	Wesentliche Ausführungsmerkmale	3
3.1.1	Verkehrsführung / Baustelleneinrichtung	3
3.1.2	Ausführung	4
4	Bedingungen, Anordnungen, Festlegungen	4
4.1	Straßenbenutzungsvertrag	4
4.2	Abnahmen	4
4.3	Aktualisierungsstand	4
4.4	Verkehrsführung	4
4.4.1	Allgemeine Forderungen	4
4.4.2	Besondere Schwerpunkte	5
5	Ausgeführte Vorarbeiten	5
6	Angaben zur Baustelle	6
6.1	Zugänge, Zufahrten	6
6.2	Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen	6
6.3	Lager- und Arbeitsplätze	6
6.4	Gewässer	6
6.5	Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen	6
6.6	Schutzbereiche und - Objekte	7
6.6.1	Bäume und Flurgehölze	7
6.6.2	Denkmale	7
6.6.3	Immissionsschutz	7
6.6.4	Gewässer, Wasserschutzgebiete	8
6.6.5	Naturschutz	8
6.6.6	Feuerwehrwesen / Brandschutz	8
6.6.7	Kampfmittelfreiheit	8
6.6.8	Geodätischer Festpunkt	9
6.7	Anlagen im Baubereich	9
7	Angaben zur Ausführung	9
7.1	Bauablauf	9
7.1.1	Bauanlaufberatung	9

Löschwasserversorgung Bad Schandau OT Ostrau

Standort Schanzenweg – 96 m3

Baubeschreibung

7.1.2	Zusammenwirken mit anderen Unternehmen	10
7.2	Wasserhaltung	10
7.3	Baubehelfe	10
7.4	Stoffe, Bauteile	10
7.4.1	Allgemeines	10
7.4.2	Erdbau	11
7.4.3	Schichten ohne Bindemittel	11
7.5	Abfälle	11
7.6	Sicherungsmaßnahmen	11
7.7	Belastungsannahmen	11
7.8	Vermessungsleistungen	11
7.8.1	Vermessungsleistungen	11
7.9	Prüfungen	12
7.9.1	Eignungsprüfungen und -nachweise	12
7.9.2	Eigenüberwachungsprüfungen	12
7.9.3	Kontrollprüfungen	12
7.10	Auftraggeberaufgaben nach Baustellenverordnung	12
7.11	Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen	12

1 Veranlassung

Die Stadt Bad Schandau beabsichtigt die Errichtung von Löschwasserzisternen im Ortsteil Ostrau.

Die Zisterne hat ein Volumen von 96 m³ und eine Bewegungsfläche für die Feuerwehr.

2 Beschreibung des Vorhabens

2.1 Örtliche Verhältnisse

2.1.1 Lagebeschreibung

Die Baumaßnahme liegt im Ortsteil Ostrau der Stadt Bad Schandau, an der Einmündung des Schanzenweges in den Ostrauer Ring.

Siehe Übersichtsplan

2.1.2 Baugrund

Zum Vorhaben liegt ein Baugrundgutachten vor.

2.2 Rechtsverhältnisse

2.2.1 Öffentlich-rechtliche Verfahren

Der Standort des Löschwasserbehälters liegt auf Flur der Stadt Bad Schandau.

3 Beschreibung der Maßnahme

3.1 Wesentliche Ausführungsmerkmale

3.1.1 Verkehrsführung / Baustelleneinrichtung

Im unmittelbaren Umfeld der Behältermontage stehen nur eingeschränkt Bewegungsflächen zur Verfügung. Dieser nutzbare Flächenbereich ist im Planwerk grau unterlegt.

Für die Lieferung der Zisternenbehälter und der Krantechnik ist eine Abstimmung mit der Baustelle auf der K8740 im Bereich Abzweigung von der B172 zu führen, da hier ein temporäres Vollsperrregime eingerichtet ist.

Für die Entladung und dem Versetzen der Behälterteile ist eine befristete Vollsperrung des Schanzenweges notwendig. Hier ist ein Notfallkonzept mit der Ortsfeuerwehr abzustimmen.

Fußläufiger Verkehr wird über einen Notweg abgesichert.

3.1.2 Ausführung

Die Herstellung des Baufeldes beginnt mit der Vorbereitung der Baustelleneinrichtung und der Vorhaltefläche und dem Anlegen einer Baustraße und zugehöriger Bewegungs- und Lagerflächen. Damit wird ein sicherer Baustellenzugang geschaffen.

Die für die spätere Nutzung vorgesehenen Flächen werden entsprechend ausgekoffert und mit Frostschutz vorprofiliert.

Der Kranstandort zum Versetzen der Behälterteile ist in Abhängigkeit eines technologischen Abstandes zum Tiefladerstrandort im Bereich der Einmündung.

4 Bedingungen, Anordnungen, Festlegungen

4.1 Straßenbenutzungsvertrag

Es ist eine Sondernutzung der K 8740 für den Schwertransport erforderlich.

4.2 Abnahmen

Teilabnahmen werden nicht vereinbart. Teilbetriebnahmen stellen keinen Gefahrenübergang dar.

4.3 Aktualisierungsstand

Ohne Änderungsindex: Lagepläne mit Datum **26.03.2025**

4.4 Verkehrsführung

Andienung der Baustelle über die K8740 von der B172 abzweigend, bis zum Ostrauer Ring und den davon abzweigenden Schanzenweg.

4.4.1 Allgemeine Forderungen

Der AN ist für die Verkehrssicherung über den Zeitraum der Bauausführung verantwortlich. Alle im Zusammenhang mit der Verkehrssicherung und -führung entstehenden Kosten sind - soweit nicht gesondert im Leistungsverzeichnis ausgewiesen - mit den EP abgegolten.

Zu den für die Verkehrssicherung und -regelung notwendigen Maßnahmen gehören u. a. Einrichten, Vorhalten, Unterhalten und Beseitigen der Absperrungen, Leiteinrichtungen, Beschilderungen, Markierungen, das Beleuchten der Absperrungen und Gefahrenstellen (auch während Zeiten der Bauruhe) sowie das Umsetzen bzw. der Umbau dieser Einrichtungen.

Es ist Sache des AN, zerstörte oder verbrauchte Teile, die für eine ständige Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit notwendig sind, unverzüglich zu ersetzen.

Die Absperrung und die Beleuchtung der Absperrung sind im erforderlichen Umfang auch während der Dunkelheit zu überprüfen.

Während des Bauablaufes ggf. auftretende Gefahrenstellen (z. B. Aushubbereiche, erhöhte Mittelnähte, Absätze am Fahrbahnrand, Quernähte) sind durch den AN permanent zu beschilddern bzw. zu sichern.

Im Rahmen der Antragstellung zur Erteilung der verkehrsrechtlichen Anordnung hat der AN anhand der Vorgaben für die Verkehrssicherung Baustellenbeschilderungs-, Baustellenmarkierungspläne, Verkehrszeichenpläne gemäß den Leistungspositionen zu erstellen bzw. zu erarbeiten und den zuständigen Verkehrsbehörden zur Genehmigung zu übergeben.

Die verkehrsrechtliche Anordnung ist rechtzeitig vor Baubeginn bei der zuständigen Straßenverkehrsbehörde zu beantragen. Der Durchschlag des Antrages auf verkehrsrechtliche Anordnung ist dem zuständigen Bauleiter des AG zu übergeben.

Verkehrsrechtliche Anordnungen sind ferner für alle vom Bauvertrag betroffenen Verkehrswege, unabhängig von deren Klassifikation, nur nach den Regelungen des Vertrages bzw. in Abstimmung mit dem AG zu beantragen. Verkehrsrechtliche Anordnungen müssen den Sichtvermerk des AG tragen.

Der AG behält sich vor, alle nicht mit ihm abgestimmten Veränderungen in der Verkehrsführung innerhalb von 24 Stunden zu Lasten des AN in einen vertragsmäßigen Zustand versetzen zu lassen. Dabei gehen alle mit der Vertragsverletzung verbundenen Kosten (einschließlich von Folgekosten und/ oder Forderungen Dritter) zu Lasten des AN.

Nachträgliche im Rahmen der Beantragung zur Verkehrsrechtlichen Anordnung vom AN veranlasste Veränderungen in der Verkehrsführung sowie damit verbundene zusätzliche Kosten (einschließlich von Folgekosten und/ oder Forderungen Dritter) liegen im Verantwortungsbe- reich des AN bzw. werden vom AG nicht anerkannt und gehen voll zu Lasten des AN.

4.4.2 Besondere Schwerpunkte

Bei der Durchführung der Verkehrssicherungsmaßnahmen sind die RSA, und die ZTV-SA zu beachten. Während der Bauzeit hat der Baubetrieb Provisorien zu schaffen, so dass Ange- stellte, Anlieger und Gewerbetreibende zu ihren Grundstücken Gewerbe- bzw. Nutzflächen gelangen können. Dementsprechend ist für jeden Bauzustand nochmals mit den Anliegern und Gewerbetreibenden die Zu- und Ausfahrt zu und von den Grundstücken zu koordinieren und abzustimmen.

Nicht vermeidbare Sperrungen der Zugänglichkeit von Grundstücken und Nutzflächen hat der AN nachweisbar mit den betroffenen Anliegern abzustimmen.

5 Ausgeführte Vorarbeiten

Vermessung

Der Bestand wurde lage- und höhengemäß aufgenommen.

Der AN erhält mit der Ausführungsplanung Höhen- und Lagefestpunkte. Vor Beginn der Ar- beiten sind die Festpunkte jeweils bezüglich ihrer unveränderten Lage und Höhe zu überprü- fen.

6 Angaben zur Baustelle

6.1 Zugänge, Zufahrten

Zugänge und Zufahrten zur Baustelle, Seitenentnahme und Abwurfkippe sowie notwendige Zwischenlagerplätze hat der AN selbst zu erkunden und festzulegen. Alle damit zusammenhängenden evtl. zusätzlichen Leistungen sind mit den Einheitspreisen abgegolten.

Der AN hat Fahrbahnen, die er beim Transport benutzt, ohne besondere Vergütung ständig von Schmutz sauber zu halten.

Der Bieter hat sich vor Angebotsabgabe selbst über die örtlichen Zufahrtswege zu informieren. Beim Transport der Geräte, Baustoffe usw. über örtliche Zufahrtswege sind entstandene Schäden und Verunreinigungen der Fahrbahn unverzüglich zu beseitigen.

Für die Beseitigung der durch Baufahrzeuge entstandenen Schäden ist der AN verantwortlich.

6.2 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsleitungen

Die Herstellung und die Betreibung der Anschlüsse an die jeweiligen Versorgungsnetze nach Absprache mit den zuständigen Rechtsträgern ist Sache des AN. Alle diesbezüglichen Gebühren trägt der AN.

Während der Bauarbeiten anfallende Spülwässer, Abwässer, Baugrubenabwässer, zementhaltige Spülwässer und Schlämme sowie mit Baustoffen verunreinigte Niederschlagswässer dürfen nicht in Gewässer eingeleitet werden.

Die Stromversorgung obliegt dem AN.

6.3 Lager- und Arbeitsplätze

Die Beschaffung von Lager- und Arbeitsplätzen obliegt dem AN. Bauwagen sind außerhalb der Fahrbahnen ohne Sichtbehinderung für den Verkehrsteilnehmer aufzustellen.

Alle Flächen müssen nach Abschluss der Bauarbeiten wieder in ihren ursprünglichen Zustand versetzt werden. Grünanlagen dürfen nicht als Lager- und Arbeitsplätze in Anspruch genommen werden. Das Abstellen von Fahrzeugen und das Ablagern von Baustoffen und Aushubmaterial im Wurzelbereich von Bäumen werden untersagt.

6.4 Gewässer

Die Einholung der Versickerungs-/ Einleitgenehmigung für Abwasser ist Sache des AN. Ungeklärte Abwässer dürfen nicht in die vorhandenen Straßenabläufe bzw. in die Landschaft eingeleitet bzw. versickern werden. Die Kosten für die Entsorgung anfallender Abwässer sind in die BE einzukalkulieren. Häusliche Abwässer und Abfälle aus der Baustelleneinrichtung sind ordnungsgemäß zu entsorgen. Es ist darauf zu achten, dass Schadstoffe jeglicher Art (z. B. Motorenöl, Diesel, Schalöl, Versiegelungsharz etc.) nicht in den Boden und damit in das Grundwasser gelangen. Die wassergefährdenden Stoffe sind auf Kosten des AN umweltgerecht zu entsorgen.

6.5 Seitenentnahmen und Ablagerungsstellen

Seitenentnahme- und Ablagerungsstellen sind Sache des AN.

6.6 Schutzbereiche und - Objekte

Die Baumaßnahme ist so durchzuführen, dass der Eingriff in den Naturhaushalt sowie in das Landschaftsbild auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt bleibt.

6.6.1 Bäume und Flurgehölze

Die Vorschriften der DIN 18 920 (Schutz von Bäumen, Pflanzbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen) und die „Richtlinie für die Anlage von Straßen, Teil Landschaftspflege“ (Schutz von Bäumen, Vegetationsbeständen und Tieren bei Baumaßnahmen/ RAS-LP 4) sind zu beachten.

6.6.2 Denkmale

Die ausführende Firma ist vor Baubeginn über die Meldepflicht von Bodenfunden gemäß § 20 SächsDSchG mit schriftlichem Nachweis zu informieren.

Im Rahmen der Bauarbeiten ist somit auf archäologische Funde (z. B. Bodenverfärbungen, Gefäßscherben, Knochen, Geräte aus Stein oder Metall, bearbeitetes Holz, Steinsetzungen) zu achten.

Werden bei Erdarbeiten Sachen oder Spuren von Sachen entdeckt, von denen anzunehmen ist, dass es sich um Kulturdenkmale handelt, ist dies unverzüglich dem Landesamt für Archäologie (Tel. 0351 - 8926 199, poststelle@lfa.sachsen.de) anzuzeigen. Der Fund und die Fundstelle sind bis zum Ablauf des vierten Tages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und zu sichern, sofern nicht das Landesamt für Archäologie mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Dem Landesamt für Archäologie ist die baubegleitende Überwachung sowie ggf. erforderliche Ausgrabung, Bergung und Dokumentation archäologischer Kulturdenkmale zu ermöglichen.

6.6.3 Immissionsschutz

Alle entsprechenden Bestimmungen des Bundesimmissionsschutzgesetzes (BImSchG) einschließlich Durchführungsverordnung in der derzeit gültigen Fassung sind zu beachten. Während der Baudurchführung sind gemäß Allgemeiner Verwaltungsvorschrift vom 19.08.1970 die Immissionsrichtwerte einzuhalten.

Die Bauarbeiten sind vom Auftragnehmer so durchzuführen, dass Umweltbeeinträchtigungen und Belästigungen Dritter durch Baubetrieb und Transporte soweit wie möglich vermieden werden.

Der Baulärm ist zu beschränken (§3 der 15. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz). Die Staubentwicklung in den Baubereichen ist durch geeignete Maßnahmen auf ein unumgängliches Maß zu beschränken. Lärmschutzmaßnahmen im Zuge der Baudurchführung sind mit den angebotenen Einzelpreisen abgegolten.

Das Arbeiten auf der Baustelle ist nur an Werktagen gestattet (Ausnahme: Überwachung von Verkehrsleiteinrichtungen, Maßnahmen zu Wasserhaltungen u.ä.). Samstagsarbeit kann nur nach vorheriger Abstimmung mit der AG-Seite erfolgen. Sie ist generell nur zu beantragen, wenn es der Baufortschritt erfordert. **Die Polizeiverordnung der Stadt Bad Schandau ist einzuhalten.**

Die Baustelle erfüllt den Anlagenbegriff nach § 22 BImSchG. Für den Zeitraum der Baumaßnahme gelten die allgemeinen Bestimmungen des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) i. V. m. der "Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm (Geräuschemissionen A W Baulärm) vom 19. August 1970 (Beilage zum BAnz Nr. 160 vom 1. September 1970).

Es sind alle Maßnahmen zur Lärminderung (emissionsarme Baumaschinen, -verfahren, Gestaltung der Bauabläufe ...) auszuschöpfen.

Nach § 22 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) sind Staubemissionen durch geeignete Maßnahmen so gering wie möglich zu halten (z. B. durch Abtragen, Befeuchten, Vermeidung großer Fallhöhen).

Es empfiehlt sich, die betroffenen Einwohner rechtzeitig vorher in geeigneter Weise über die geplanten Maßnahmen zu informieren.

6.6.4 Gewässer, Wasserschutzgebiete

Es sind keine Wasserschutzgebiete in den Baubereichen vorhanden. Die Vorschriften des Wasserhaushaltgesetzes (WHG) und des Sächsischen Wassergesetzes (SächsWG) einschließlich der dazu ergangenen Vorschriften zum Schutz des Grundwassers und der oberirdischen Gewässer sind einzuhalten.

6.6.5 Naturschutz

Zum Vorhaben bestehen aus Sicht des Naturschutzes und der Landschaftspflege keine Bedenken.

Voraussetzung hierfür ist, dass das angrenzende Landschaftsschutzgebiet Sächsische Schweiz nicht beeinträchtigt wird.

6.6.6 Feuerwehrwesen / Brandschutz

Ergibt sich im Zuge der geplanten Baumaßnahme eine Nichtbefahrbarkeit von öffentlichen Verkehrsflächen, sind die jeweiligen Stadt- bzw. Gemeindeverwaltungen, deren Feuerwehren sowie die „Integrierte Regionalleitstelle Dresden“ rechtzeitig schriftlich zu informieren. Umleitungen sind eindeutig auszuschildern.

Flächen für die Feuerwehr, insbesondere Zufahrten und Aufstellflächen, wie auch Löschwasser-entnahmestellen und deren Zufahrtswege sind für den Gefahrenfall für die Fahrzeuge der Feuerwehr ständig frei zu halten. Für Zeiten der Vollsperrung sind Sonderregelungen mit der Ortsfeuerwehr abzustimmen.

6.6.7 Kampfmittelfreiheit

Für den Baubereich wird eine Kampfmitteluntersuchung durchgeführt. Diese ist Leistungsinhalt der Maßnahme.

6.6.8 Geodätischer Festpunkt

An der Baustrecke sind keine Geodätischen Festpunkte bekannt.

6.7 Anlagen im Baubereich

Der AN ist verpflichtet, sich vor Baubeginn über die genaue Lage der Kabel und Leitungen im Baubereich zu informieren. Leitungsbestandspläne werden durch den AG nicht übergeben. Vor Baubeginn ist vom AN der aktuelle Leitungsbestand mit Einholung der Schachtunterlagen zu erheben und Abstimmungen mit den Versorgungsträgern zu führen. Der AN hat sich vor Beginn der Arbeiten von den Leitungseigentümern (Versorgungsträgern) örtlich einweisen zu lassen.

Die Sicherheitsvorschriften der jeweiligen Eigentümer bei Arbeiten im Bereich eventuell vorhandener Leitungen oder Kabel sind strikt einzuhalten und werden nicht gesondert vergütet. Erfolgt die Einweisung nicht innerhalb von 10 Werktagen, so ist der Auftraggeber sofort schriftlich zu unterrichten. Bei Unterlassung kann der Auftragnehmer Ansprüche wegen Behinderung infolge zu später Einweisung nicht geltend machen.

Sämtliche im Baubereich befindlichen Kabel und Leitungen sind während der Bauarbeiten zu verwahren und zu sichern. Der AN hat seine Ausführungstechnologie so abzustimmen, dass mögliche, durch seine Bautätigkeit verursachte Beeinträchtigungen im Bereich der unterirdischen Anlagen ausgeschlossen werden können. Dies betrifft auch Mehraufwand, der infolge Leitungsnähe beim Herstellen des Straßenoberbaues notwendig werden kann.

Im unmittelbaren Bereich von Kabeln und Leitungen sind die notwendigen Erdarbeiten als Handschachtung auszuführen. Die diesbezüglichen Mehraufwendungen sind in die entsprechenden Positionen des Leistungsverzeichnisses einkalkuliert.

Behinderungsansprüche können aufgrund des Vorhandenseins unterirdischer Leitungen nicht geltend gemacht werden. Für Schäden an Anlagen im Baubereich infolge der Bauarbeiten ist der AN haftbar und in vollem Umfang schadenersatzpflichtig.

7 Angaben zur Ausführung

7.1 Bauablauf

7.1.1 Bauanlaufberatung

Folgende Vorleistungen sind vor den eigentlichen Bauarbeiten durch den AN zu erbringen:

- Einholung der Leitungsbestandspläne/ Schachtscheine und Information an die Versorgungsträger über die geplante Baumaßnahme
- Abstimmung der Verkehrsführung mit den Verkehrsbehörden sowie dem AG
- Ausführung der Absteckung

Die weitere Ablaufplanung wird vom AN vorgenommen und mit dem Bauablaufplan unteretzt. Ein detaillierter Bauablaufplan, abgestellt auf die o. g. Bedingungen und mit Bauphasen, ist durch den AN zur Bauanlaufberatung zu übergeben. Mit der Bestätigung des Bauablaufplanes durch den AG wird dieser Plan Vertragsbestandteil.

Die Ablaufplanung über die zeitliche Abfolge der Bauausführung hat durch den AN unter Berücksichtigung der örtlichen Bedingungen, der Verkehrsbelegung und den folgenden Vorgaben zu erfolgen:

Der AN ist verpflichtet, die Baustelle mit qualifiziertem Fachpersonal und der erforderlichen Technik so zu besetzen, dass eine einwandfreie und reibungslose Abwicklung des Bauvertrages gewährleistet ist.

Bei mangelnder Zahl oder Qualifizierung des Baustellenpersonals kann der AG eine Umbesetzung oder Verstärkung fordern. Die Mehrkosten trägt der AN.

Bedingte mehrmalige Einsätze von Maschinen, Geräten und Arbeitskräften einschließlich deren Umsetzung wird nicht gesondert vergütet. Diese sind bei der Preisermittlung zu berücksichtigen und in die Einheitspreise einzurechnen.

7.1.2 Zusammenwirken mit anderen Unternehmen

Der Auftragnehmer hat für die Arbeiten seiner Nachunternehmer die erforderlichen Koordinierungen in der Gesamtbaustelle eigenverantwortlich vorzunehmen und seinen Bauablauf entsprechend einzurichten.

Der AN hat für Koordinierungsleistungen im Rahmen von eventuellen Leitungssicherungen bzw. Umverlegungen diese mit den Versorgungsunternehmen abzustimmen.

7.2 Wasserhaltung

Für die Dauer der gesamten Bauzeit sind durch den AN Vorkehrungen zu treffen und zu unterhalten, die ein geordnetes Abfließen des Oberflächenwassers von den Bau- und Verkehrsflächen gewährleisten. Für die schadlose Ableitung des Oberflächenwassers ist der AN verantwortlich. Sämtliche Aufwendungen der bauzeitlichen Entwässerung sind in die Einheitspreise der Baustelleneinrichtungen einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

7.3 Baubehelfe

Alle für die Durchführung der Arbeiten erforderlichen Baubehelfe und deren Vorhaltung, Wartung und Beseitigung ist Sache des Auftragnehmers. Sofern nichts anderes vereinbart ist, sind diese in die Einheitspreise einzurechnen.

Werden in den Baubereichen Zufahrten und Zugänge zu Anliegergrundstücken unterbrochen, so sind diese vor Abschluss eines Tages wieder befahr- bzw. begehbar (evtl. Behelfsbrücken) herzustellen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, alle z. Zt. der Bauausführung geltenden gesetzlichen Bestimmungen zur Unfallverhütung sowie alle sonstigen Sicherheitsregeln auf der Baustelle gewissenhaft einzuhalten. Er haftet für alle aus der Unterlassung solcher Maßnahmen ergangenen Schäden.

7.4 Stoffe, Bauteile

7.4.1 Allgemeines

Alle Stoffe und Bauteile der Baustelle sind entsprechend dem Leistungsverzeichnis und der Baubeschreibung einzusetzen. Änderungen bedürfen der Zustimmung des Auftraggebers.

Sofern in den Leistungspositionen nicht ausdrücklich auf die Bereitstellung von Material seitens des Auftraggebers hingewiesen wird, hat der Auftragnehmer alle zur Durchführung der Baumaßnahme erforderlichen Baustoffe und Bauteile zu liefern.

7.4.2 Erdbau

Zu liefernde Bodenmassen haben der Zuordnungsklasse Z0 nach LAGA zu entsprechen.

7.4.3 Schichten ohne Bindemittel

Die ungebundenen Trag- und Deckschichten werden nach ZTV SoB-StB hergestellt.

7.5 Abfälle

Es gilt das Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen (Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz – KrW-/AbfG) vom 27.09.1994 in der aktuellen Fassung.

Anfallende Abbruchmaterialien sind unter Beachtung der „Technischen Regeln“ der LAGA (Länderarbeitsgemeinschaft Abfall) sowie der RuVA-StB einer schadlosen Verwertung zuzuführen.

Im Rahmen der Baumaßnahme auftretende Unregelmäßigkeiten, z. B. organoleptisch feststellbare Anomalien (Geruch, Verfärbung o. ä.), die auf Schadstoffeinträge im Boden hinweisen, sind umgehend vor Weiterführung der Baumaßnahme dem AG und der unteren Abfallbehörde beim Landratsamt sowie der Landesdirektion Dresden mitzuteilen.

7.6 Sicherungsmaßnahmen

Sicherungsmaßnahmen für Bauteile, Baustelleneinrichtung und Vorhalteflächen, deren Anmeldung und Veranlassung für die Baubereiche liegen in alleiniger Verantwortung des AN.

7.7 Belastungsannahmen

Alle Lastannahmen den gültigen Vorschriften und unter Beachtung der Hinweise in den Leistungspositionen des Leistungsverzeichnisses.

7.8 Vermessungsleistungen

7.8.1 Vermessungsleistungen

Alle erforderlichen baubegleitenden Vermessungsleistungen, die Absteckung der Bauteile und die Schlussvermessung sind vom AN durchzuführen. Zu den Vermessungsleistungen gehört ggf. auch die Verdichtung des Festpunktfeldes soweit der AN es als erforderlich betrachtet.

Die vom AN auszuführenden und für die Leistungserbringung notwendigen Vermessungsarbeiten sind von qualifizierten Fachkräften unter der Leitung und Verantwortung eines Vermessungsingenieurs ausführen zu lassen.

Alle Absteckungs- und sonstigen Vermessungsarbeiten hat der AN selbst so rechtzeitig durchzuführen, dass eine Abnahme durch die Bauüberwachung ohne Behinderung der Bauarbeiten möglich ist.

Alle Vermessungs- und Absteckungspunkte sind vom AN durch Kontrollmaße und zusätzliche Ausgangspunkte durchgreifend zu überprüfen.

Die Messprotokolle übergibt der AN der Bauüberwachung laufend nach Baufortschritt und die letzten Ergebnisse spätestens zur Abnahme.

7.9 Prüfungen

7.9.1 Eignungsprüfungen und -nachweise

Für die übrigen Baustoffe ist ebenfalls **rechtzeitig vor** Verwendung die Eignung nachzuweisen.

Fehlen die Ergebnisse der Eignungsprüfungen erfolgt **kein** Baubeginn.

7.9.2 Eigenüberwachungsprüfungen

Der AN hat die Eigenüberwachung grundsätzlich nach den betreffenden ZTV und der Richtlinien der DNI auszuführen. Die Ergebnisse stellt er auf Aufforderung dem AG zur Verfügung. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.

Die qualitätsgerechte Ausführung von Leistungen der Nachunternehmer wird vom AN gewährleistet und geprüft.

7.9.3 Kontrollprüfungen

Der Auftraggeber behält sich zusätzlich zur geforderten Eigen- und Fremdüberwachung eigene Kontrollprüfungen vor. Der AN unterstützt dabei den AG gemäß den Festlegungen des Leistungsverzeichnisses.

7.10 Auftraggeberaufgaben nach Baustellenverordnung

Für die Baustelle werden keine Aufgaben nach Baustellenverordnung für die Bauausführung erforderlich.

7.11 Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen

Es wird ausdrücklich auf die Einhaltung der Festlegungen in den Vorbemerkungen, VOB / C, ZTV, ATV, DIN Normen, DIN-EN Normen etc. verwiesen.

Löschwasserversorgung Bad Schandau OT Ostrau
Standort Schanzenweg – 96 m3
Baubeschreibung

Anzuwendende Normen

Gemäß § 4, Nr. 2 und § 13, Nr. 1 der VOB/B sind DIN in der drei Monate vor dem Eröffnungstermin gültigen Fassung als anerkannte Regeln der Technik zu betrachten.

Anzuwendende Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Ergänzende Technische Vertragsbedingungen

(Stand: November 2015)

☒ **ZTV A**

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Aufgrabungen in Verkehrsflächen, Ausgabe 2012 (ZTV A-StB 12)

Bezugsquelle: FGSV VerIAuftraggeberGmbH, Wesseling Straße 17, 50999 Köln (FGSV)

ARS BMVBS Nr. 4/2012 vom 04.04.2012 - StB 27/7182.8/3/01066767

☐ **ZTV Asphalt**

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Verkehrsflächenbefestigungen aus Asphalt, Ausgabe 2007/Fassung 2013, (ZTV Asphalt-StB 07/13)

Bezugsquelle: FGSV

ARS BMVBS Nr. 17/2008 vom 19.09.2008 - S 17/7182.8/3/906013

ARS BMVBS Nr. 29/2010 vom 22.12.2010 - StB 27/7182.8/3/1331951

ARS BMVBS Nr. 2/2012 vom 11.01.2012 - StB 27/7182.8/3/01564797

ARS BMVBS Nr. 11/2012 vom 08.08.2012 - StB 27/7182.8/3-ARS-12/11/1753016

ARS BMVBS Nr. 30/2012 vom 20.12.2012 – StB 27/7182.8/3/01852046

☒ **ZTV Baum**

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Baumpflegearbeiten im Straßenbau, Ausgabe 2004 (ZTV Baum-StB 04)

Bezugsquelle: Forschungsgesellschaft Landschaftsentwicklung Landschaftsbau e.V.

ARS BMVBW Nr. 26/2004 vom 15.11.2004 - S 13/14.87.20-09/40 Va 04

☐ **ZTV BEA**

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächen - Asphaltbauweisen, Ausgabe 2009/Fassung 2013 (ZTV BEA-StB 09/13)

Bezugsquelle: FGSV

Die ZTV BEA-StB 09/13 sind vom BMVI bekannt gemacht worden mit dem BMV ARS 5/2014 vom 18. März 2014.

☐ ZTV BEB

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauliche Erhaltung von Verkehrsflächen - Betonbauweisen, Ausgabe 2015 (ZTV BEB-StB)

Bezugsquelle: FGSV

ARS BMVI Nr. 7/2015 vom 17.04.2015 - StB 28/7182.8/3/2404176

☐ ZTV - BEL - B Teil 3

Dichtungsschicht aus Flüssigkunststoff, Ausgabe 1995 (ZTV BEL-B Teil 3)

ARS BMV Nr. 13/1995 vom 19.04.1995 - StB 25/38.55.10-17/40 Va 95

☐ ZTV – BEL - ST

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Herstellung von Brückenbelägen auf Stahl, Ausgabe 1992. Ergänzte Fassung 1995 (ZTV-BEL-St 92)

Bezugsquelle: Verkehrsblatt-Verlag, Dortmund

ARS BMV Nr. 18/1992 vom 13.04.1992 - StB 25/38.55.10-17/44 Va 92

ARS BMV Nr. 25/1995 vom 14.09.1995 - StB 25/38.55.10-17/103 Va 95

☐ ZTV Beton

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Tragschichten mit hydraulischen Bindemitteln und Fahrbahndecken aus Beton, Ausgabe 2007, mit Korrekturen August 2012 (ZTV Beton-StB 07)

Bezugsquelle: FGSV

ARS BMVBS Nr. 12/2008 vom 11.06.2008 - S 17/7182/3/694688

ARS BMVBS Nr. 27/2012 vom 21.12.2012 - StB 27/7182.8/3/1861876b)

ARS BMVBS Nr. 4/2013 vom 22.01.2013 - StB 27/7182.8/3/1885090)

☒ ZTV E

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Erdarbeiten im Straßenbau, Ausgabe 2009 (ZTV E-StB 09)

Bezugsquelle: FGSV

ARS BMVBS Nr. 9/2009 vom 04.07.2009 - S 27/7182.8/3/1000095

ARS BMVBS Nr.19/2012 vom 24.10.2012 - StB 27/7182.8/3-ARS-19/1806110

ARS BMVI Nr. 19/2015 vom 30.10.2015 - StB 14/7133.12/010-250593

☒ ZTV Ew

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Entwässerungseinrichtungen im Straßenbau, Ausgabe 2014 (ZTV Ew-StB 14)

Bezugsquelle: FGSV

ARS BMVI Nr. 9/2014 vom 09.11.2014 - StB 28/7182.8/3-ARS-14/09/2327427

☐ ZTV Fug

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fugen in Verkehrsflächen, Ausgabe 2001 (ZTV Fug-StB 01)

Bezugsquelle: FGSV

ARS BMVBW Nr. 29/2001 vom 31.07.2001 - S 26/38.57.10-12/31 Va 2001

☒ ZTV - ING

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Ingenieurbauten, Ausgabe Dezember 2012 (ZTV-ING), einschließlich der jeweiligen Hinweise und DIN-Fachberichte entsprechend der auszuführenden Leistungen

Bezugsquelle: Verkehrsblatt-Verlag, Dortmund oder www.bast.de/Publikationen/Regelwerke zum Download/Brücken- und Ingenieurbau

ARS BMVBS Nr. 3/2013 vom 24.01.2013 - StB 17/7192.70/11-1880303

☒ ZTV La

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Landschaftsbauarbeiten im Straßenbau, Ausgabe 2005 (ZTV La-StB 05)

Bezugsquelle: FGSV

ARS BMVS Nr.25/2005 vom 02.12.2005 - S13/14.87-02-12/1Va 99

☐ ZTV - Lsw

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Ausführung von Lärmschutzwänden an Straßen, Ausg. 2006 (ZTV-Lsw 06)

Bezugsquelle: FGSV

ARS BMV Nr. 25/2006 vom 22.09.2006 - S13/7144.2/-02/536204

☒ ZTV LW

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Befestigung ländlicher Wege, Ausgabe 1999 - Fassung 2001 (ZTV LW 99/01), einschließlich Änderungen und Ergänzungen, Ausgabe 2007

Bezugsquelle: FGSV

☐ ZTV M

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Markierungen auf Straßen, Ausgabe 2013 (ZTV M 13)

Bezugsquelle: FGSV

ARS BMVI Nr. 24/2013 vom 18.11.2013 - StB 11/7122.3/4-ZTV M-2067976

ARS BMVI Nr. 13/2015 vom 23.07.2015 - StB 11/7122.3/4-ZTV M 2433514

☒ ZTV Pflaster

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Pflasterdecken und Plattenbelägen, Ausgabe 2006 (ZTV Pflaster-StB 06)

Bezugsquelle: FGSV

ARS BMVBW Nr. 23/2006 vom 29.08.2006 - S 17/7182.8/3

☐ ZTV - FRS

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Fahrzeug-Rückhaltesysteme, Ausgabe 2013 (ZTV-PS 98)

Bezugsquelle: FGSV

ARS BMVI Nr. 4/2014 vom 03.02.2014 - StB 11/7122.3/4-2138240

☒ ZTV - SA

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für Sicherungsarbeiten an Arbeitsstellen an Straßen, Ausgabe 1997 (ZTV-SA 97) Berichtigter Nachdruck Juni 2001

Bezugsquelle: FGSV

ARS BMV Nr. 34/1997 vom 12.08.1997 - StB 13/38.59.10-02/84 BAST 97

RS BMVBW – S 28/38.60.00-10/23 Va 99 - vom 09.04.1999 - Änderungen zur ZTV-SA 97

ARS BMVBW Nr. 18/1999 vom 17.08.1999 - S 28/38.58.10/38 Va 99

☒ ZTV SoB

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für den Bau von Schichten

ohne Bindemittel im Straßenbau, Ausgabe 2004 / Fassung 2007 (ZTV SoB-StB 04)

Bezugsquelle: FGSV

ARS BMVBS Nr. 07/2008 vom 15.04.2008 – S 17/7182.8/3/843936

☒ ZTV Verm

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für die Bauvermessung im Straßen- und Brückenbau, Ausgabe 2001 (ZTV Verm-StB 01)

Bezugsquelle: FGSV

ARS BMVBW Nr. 18/2001 vom 30.05.2001 - S 13/16.57.10-02/1 Va 01

☒ ZTV VZ

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien für vertikale Verkehrszeichen, Ausgabe 2011 (ZTV VZ)

Bezugsquelle: FGSV

ARS BMVBS Nr. 9/2011 vom 21.07.2011 - StB 11/7122.3/4 - 1448.158

☒ ZTV - W

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen - Wasserbau (ZTV-W) für

☐ Technische Bearbeitung (Leistungsbereich 202), Ausgabe 2010

Löschwasserversorgung Bad Schandau OT Ostrau

Standort Schanzenweg – 96 m3

Baubeschreibung

- ☐ Baugrunderschließung und Bohrarbeiten (Leistungsbereich 203), Ausgabe 1999
- ☐ Erdarbeiten (Leistungsbereich 205), Ausgabe 1992
- ☐ Nassbaggerarbeiten (Leistungsbereich 206), Ausgabe 2008
- ☐ Landschaftsbau (Leistungsbereich 207), Ausgabe 2006
- ☐ Wasserhaltung (Leistungsbereich 208), Ausgabe 1989
- ☐ Baugrubenverbau, Baugrundverbesserung (Leistungsbereich 209), Ausgabe 2005
- ☐ Böschungs- und Sohlensicherungen (Leistungsbereich 210), Ausgabe 2015
- ☐ Dränarbeiten in der Landwirtschaft (Leistungsbereich 212), Ausgabe 1983
- ☐ Spundwände, Pfähle, Verankerungen (Leistungsbereich 214), Ausgabe 2008
- ☐ Wasserbauwerke aus Beton und Stahlbeton (Leistungsbereich 215), Ausgabe 2012
- ☐ Stahlwasserbau (Leistungsbereich 216/1), Ausgabe 1998
- ☐ Elektrische Ausrüstung von Stahlwasserbauten (Leistungsbereich 216/2), Ausgabe 2014
- ☐ Korrosionsschutz im Stahlwasserbau (Leistungsbereich 218), Ausgabe 2009
- ☐ Schutz und Instandsetzung der Betonbauteile von Wasserbauwerken (Leistungsbereich 219), Ausgabe 2013
- ☐ Kathodischer Korrosionsschutz im Stahlwasserbau (Leistungsb. 220), Ausgabe 2011

Bezugsquelle: Drucksachenstelle der WSV beim

Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie (BSH)

Bernhard-Nocht-Straße 78, 20359 Hamburg

bzw. als PDF-Dateien im Internet unter http://vzb.baw.de/digital_bib/stlk-w_ztv-w.php

ARS BMV Nr. 35/1994 vom 22.11.1994 - WS13/5256.11/7-17

☐ ZTV ZEB

Zusätzliche Technische Vertragsbedingungen und Richtlinien zur Zustandserfassung und -bewertung von Straßen, Ausgabe 2006 (ZTV ZEB-StB 06)

Bezugquelle: FGSV

Produkte aus anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft und Ursprungswaren aus den Mitgliedsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraumes, die diesen technischen Spezifikationen nicht entsprechen, werden einschließlich der im Herstellerstaat durchgeführten Prüfungen und Überwachungen als gleichwertig behandelt, wenn mit ihnen das geforderte Schutzniveau in Bezug auf Sicherheit, Gesundheit und Gebrauchstauglichkeit gleichermaßen dauerhaft erreicht wird.

DIN - Normen in der jeweils gültigen Form sind als anerkannte Regeln der Technik zu beachten.

Löschwasserversorgung Bad Schandau OT Ostrau

Standort Schanzenweg – 96 m3

Baubeschreibung

Tabelle 1

Umrechnungs- und Verdichtungs Faktoren

Zur Umrechnung von Gewicht in Volumen werden die in nachfolgender Tabelle aufgeführten Umrechnungs- und Verdichtungs Faktoren verbindlich festgelegt:

Materialbezeichnung	unverdichtet t/m ³	verdichtet t/m ³	Verdichtungs faktor
Natursand 0/2	1,60	1,84	1,15
Natursand 0/4	1,60	1,84	1,15
Kiessand 0/8	1,60	1,84	1,15
Kiessand 0/16	1,70	2,04	1,20
	1,80	2,39	1,28
Kiessand 0/32	1,80	2,30	1,28
Kiessand 0/56	1,80	2,30	1,28
Kiessand 0/63	1,80	2,30	1,28
Wandkies 0/X	1,80	2,30	1,28
Rollkies 16/32	1,60	1,76	1,10
Kies 7/32	1,70	-	-
Sand-Splitt-Gemisch 0/8	1,72	2,15	1,25
-0/32			
Brechsand 0/2	1,45	1,66	1,15
Splitt 2/8	1,70	-	-
Splitt 8/16	1,45	1,60	1,10
Splitt 16/32	1,45	1,60	1,10
Mineralbeton 0/45	1,80	2,30	1,28
Mineralbeton 0/56	1,80	2,30	1,28
Schotter 0/56	1,60	2,05	1,28
Schotter 0/200	1,40	1,72	1,23
Schotter 22/56	1,45	1,67	1,15
Grobschotter 32/45	1,52	1,75	1,15
Grobschotter 56/120,80/X	1,45	1,60	1,10
	1,45	1,67	1,15
Grobschotter 56/80			
Schüttpacke 0/200	1,50	1,65	1,10
Felsbruch 0/400	1,60	2,00	1,25
Siebschutt	1,80	2,08	1,16